



Policy Paper 1/2011

herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.

Für eine politische Aufwertung der VN-Friedenssicherung in Deutschland – Ungenutzte Chancen im VN-Peacekeeping nutzen

Ekkehard Griep / Winfried Nachtwei

Die Friedensmissionen der Vereinten Nationen (VN) sind eines der weltweit am besten sichtbaren Instrumente der Weltorganisation. Mit mehr als 126.000 Männern und Frauen (ca. 88.000 Militär, ca. 15.000 Polizei, ca. 23.000 zivile Experten) leisten die VN in gegenwärtig 16 Friedensoperationen wichtige Beiträge, um Krisen vorzubeugen, fragile Situationen abzusichern oder die Voraussetzungen für nachhaltigen Wiederaufbau zu schaffen. Frieden und Stabilität in geografisch weit entfernten Regionen dienen letztendlich auch der Sicherheit und dem Wohlstand Deutschlands und Europas. Auch deswegen liegt es in deutschem Interesse, die VN-Friedenssicherung tatkräftig zu unterstützen. Deutschland kann hier mehr tun und sollte bisher ungenutzte Chancen ergreifen.

Die am VN-Peacekeeping beteiligten 115 Länder leisten wichtige Beiträge zu Gewalteinämmung, Kriegsverhütung und Friedensförderung in Krisen- und Post-Konfliktländern auf vier Kontinenten. Die personalstellenden Länder für VN-Friedensmissionen tragen so dazu bei, dass sich die Lebenssituation der in diesen Krisenregionen lebenden insgesamt ca. 216 Millionen Menschen verbessert und zumindest

minimale Sicherheit geschaffen wird. Manchmal ist dieser Beitrag der VN, trotz aller Defizite und Unzulänglichkeiten in VN-Missionen, das letzte Netz vor dem Absturz ins Kriegschaos. Schon 1988 bekamen die „Blauhelme“ der VN den Friedensnobelpreis verliehen.

I. Deutschland im VN-Sicherheitsrat: Anerkennung und Verpflichtung

Nachdem die Bundesrepublik Deutschland seit der deutschen Vereinigung bereits zweimal als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertreten war (1995/1996; 2003/2004), wurde Deutschland im Herbst 2010 für die Jahre 2011 und 2012 erneut von der VN-Generalversammlung als nicht-ständiges Mitglied in das höchste VN-Gremium gewählt. Diese Wahl geht einher mit der berechtigten Erwartung anderer Länder und Regionen an Deutschland, im Rahmen der Vereinten Nationen, d. h. auch bei den VN-Friedensoperationen, profiliert Verantwortung zu übernehmen. Bereits ein Viertel der zweijährigen aktuellen nicht-ständigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist vorüber. Im Monat Juli 2011 hat

In der Reihe *Policy Paper* nehmen Autoren der DGVN Stellung zu aktuellen Diskussionen im Bereich der Vereinten Nationen, der internationalen Zusammenarbeit sowie zu Fragen der deutschen VN-Politik.

*Deutsche
Sicherheits- und
Friedenspolitik
muss mehr über
Afghanistan
hinausdenken.*

Deutschland turnusgemäß den Vorsitz im Sicherheitsrat inne. Dies bietet Anlass, über eine Verstärkung des deutschen VN-Engagements nachzudenken. Neben vielen anderen Handlungsfeldern in den VN fällt auf, dass die deutsche Rolle in der VN-Friedenssicherung noch über erhebliche ungenutzte Potentiale verfügt.

Dabei liegt eine profilierte deutsche Beteiligung am VN-Peacekeeping im eigenen, richtig verstandenen deutschen Interesse. Als größte Volkswirtschaft Europas und langjähriger Exportweltmeister profitiert Deutschland von der Stabilität anderer Weltregionen. Daraus ergibt sich eine Verantwortung für die internationale kollektive Sicherheit. Dies ist grundverschieden von einer angeblichen militärgestützten Interessenpolitik, die manche prinzipiellen Militärgegner jedem deutschen Auslandseinsatz unterstellen. Vielmehr trifft sich internationale Mitverantwortung mit einem weitsichtigen Interessenverständnis. Die jüngsten Äußerungen von Bundesminister Thomas de Maizière („unser Wohlstand verpflichtet zu Verantwortung“) deuten in diese Richtung und sind zu begrüßen.

Erweiterte deutsche Leistungen in VN-Friedensoperationen wären ein Beitrag gegen die Verfestigung des „Zwei-Klassen-Peacekeeping“ (Dritte Welt stellt das Personal/Blauhelme und trägt die Risiken; reiche Länder zahlen). Die VN können nur dauerhaft glaubwürdig sein, wenn sich alle dazu befähigten Mitgliedsstaaten substantiell einbringen. Deutschland sollte die maßvolle Ausweitung der eigenen Beteiligungen anstreben – mit dem Ziel, generell in mindestens der Hälfte der VN-Friedensmissionen präsent zu sein.

Die Anerkennung der deutschen Öffentlichkeit für VN-Friedensmissionen ist vergleichsweise hoch. So verhält es sich auch mit latenten Erwartungen an das deutsche Engagement in VN-Missionen. Aus der deutschen (Kriegs-)Geschichte

des 20. Jahrhunderts ergibt sich gerade das als Konsequenz: konstruktives VN-Engagement statt Heraushalten.

II. Internationale Verantwortung: NATO, EU und VN besser ausbalancieren

Für die deutsche Sicherheitspolitik ist Afghanistan gegenwärtig der Schwerpunkt: Afghanistan bindet Kräfte, Ressourcen und politische Aufmerksamkeit. Allerdings ist eine häufige Verkürzung der öffentlichen Debatte irreführend, die Auslandseinsätze mit Afghanistan und Kampfeinsatz gleichsetzt sowie mit Interesseninterventionismus und einer Art von Kanonenbootpolitik assoziiert. Die – trotz vielfältiger Erfahrungen mit deutschen Auslandseinsätzen in den vergangenen 20 Jahren – einseitige Fokussierung der Diskussion auf Afghanistan ist Ausdruck einer sicherheits- und friedenspolitischen Nabelschau, die der deutschen Rolle in der Welt nicht entspricht. Deutsche Sicherheits- und Friedenspolitik muss mehr über Afghanistan hinausdenken.

Schon heute leistet Deutschland wertvolle Beiträge für die VN-Friedenssicherung. Neben der erheblichen finanziellen Unterstützung von ca. 8% der Kosten für VN-Friedensmissionen ist etwa das VN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr (Hammelburg) als kompetente, von den VN zertifizierte Trainingseinrichtung anerkannt. Deutschland unterstützt regionale Peacekeeping-Fähigkeiten in Afrika personell und finanziell. Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) bereitet zivile Experten für Aufgaben in VN-Missionen vor. Das Technische Hilfswerk (THW) hat punktuelle Unterstützung für VN-Friedensmissionen geleistet (z. B. für UNMIL in Liberia).

Aber: Die personelle Beteiligung Deutschlands an VN-Friedensoperationen bleibt

äußerst gering. Von den gegenwärtig ca. 7.000 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz ist der Großteil im Rahmen von NATO- oder EU-geführten Operationen tätig. Gegenwärtig sind 18 deutsche Polizeibeamte in VN-Friedensmissionen tätig (7 UNMIS/Sudan; 5 UNMID/Darfur, Sudan; 5 UNMIL/Liberia; 1 UNMIK/Kosovo). Zusammen mit den insgesamt ca. 270 Soldaten der Bundeswehr in VN-Missionen (230 UNIFIL/Libanon, 30 UNMIS/Sudan, 10 UNAMID/Darfur, Sudan, 1 UNAMA/Afghanistan) führt diese Beteiligung dazu, dass sich Deutschland in der Rangfolge der personalstellenden Länder für VN-Friedensmissionen nur an 44. Stelle wiederfindet, beispielsweise hinter Ruanda (8.), Äthiopien (11.) und Sierra Leone (37.). Dass lediglich 3-4 % der im Ausland eingesetzten Bundeswehrsoldaten in VN-Missionen tätig sind, markiert ein nur schwer verständliches Ungleichgewicht, das mit dem Hinweis auf Unzulänglichkeiten bei VN-Missionen nicht gerechtfertigt werden kann. Dabei bieten sich seit Jahren zahlreiche Möglichkeiten, ohne großen Ressourceneinsatz die deutschen Beiträge zu VN-Friedensmissionen zu verstärken – Deutschland nutzt diese Möglichkeiten bisher nicht.

- Durch die Entsendung von Headquarters-Personal oder kleinerer Einheiten zur VN-Friedensoperation UNMIL (Liberia) könnte ein sinnvoller Beitrag zur Festigung des dortigen Stabilisierungsprozesses geleistet werden – bei günstigen äußeren Rahmenbedingungen (weitgehend stabiler politischer Prozess in der Konfliktfolgezeit; kriteriengeleitete Rückführung der anfangs umfangreichen VN-Präsenz). Deutschland beteiligt sich bereits mit fünf Polizeibeamten an UNMIL.
- Die VN-Friedensoperation MONUSCO (DR Kongo), eine der größten VN-Missionen überhaupt, könnte durch die Entsendung von Experten

(Stabsoffizieren) in das dortige Hauptquartier unterstützt werden, um an der Bewältigung aktueller Herausforderungen mitzuwirken (etwa bei Planung, Management, Logistik, Transport). Deutschland beteiligt sich bisher nicht an MONUSCO.

- Einzelpersonal oder kleinere Teileinheiten könnten durch die Entsendung zur VN-Friedensoperation UNFICYP (Zypern) elementare Erfahrungen im klassischen, traditionellen Peacekeeping sammeln. Deutschland beteiligt sich bisher nicht an UNFICYP.
- Durch das Angebot von Spezialexpertise (Logistik, Transport, Pionierwesen, Planungsfähigkeiten) könnte die VN-Friedensoperation MINUSTAH (Haiti) bei der Bewältigung der Folgen der Erdbebenkatastrophe unterstützt werden. Deutschland beteiligt sich bisher nicht an MINUSTAH.

Bei all diesen und anderen denkbaren Optionen geht es nicht um die Entsendung großer Kontingente. Es geht vielmehr darum, den VN Fähigkeiten und Spezialkompetenz anzubieten, die andere Mitgliedsländer möglicherweise nicht bereitstellen können. Es geht darum, auf Seiten der VN bestehende Engpass-Ressourcen im Rahmen des Möglichen auszugleichen. Und es geht darum, im Rahmen der VN-Friedensmissionen stärker Flagge zu zeigen. Deutschland sollte die vorhandenen Möglichkeiten für innovatives Engagement in der VN-Friedenssicherung nutzen.

Schließlich geht es auch nicht nur um die Entsendung von Soldaten, sondern um die Bereitstellung ziviler, polizeilicher und militärischer Fähigkeiten, die im Rahmen der VN-Friedenssicherung so eng zusammenarbeiten wie nirgendwo sonst. Da kein anderes internationales Instrument die integrative Vernetzung militärischer, polizeilicher und ziviler Akteure unter gemeinsamer Leitung derart umfassend praktiziert, können die VN-Friedensoperationen auch

Deutschland sollte die vorhandenen Möglichkeiten für innovatives Engagement in der VN-Friedenssicherung nutzen.

Künftig wird die Bedeutung der VN weiter zunehmen. Daher braucht die VN-Friedenssicherung als Instrument des globalen Krisenmanagements weltweit engagierte Unterstützer.

dazu beitragen, der praktischen Umsetzung des sog. vernetzten Ansatzes in der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik näherzukommen. Im VN-Kontext bietet sich tatsächlich die Gelegenheit, ressortübergreifend Beiträge im Rahmen mehrdimensionaler Friedensoperationen zu leisten. Deutschland sollte das bewusst tun: Ziviles, polizeiliches und militärisches Personal ressortübergreifend in VN-Friedensoperationen entsenden.

Aber auch darüber hinaus können die VN-Friedensoperationen als konzeptioneller Impulsgeber für vernetztes, ganzheitliches Krisenmanagement genutzt werden. So liefern VN-Missionen Anhaltspunkte für Verbesserungen der ressortübergreifenden Praxis auch in Deutschland. Von einzelnen Strukturelementen der VN-Missionen, die militärische, polizeiliche und zivile Expertise integrieren, geht konzeptionelle Beispielwirkung aus: etwa von *Joint Operations Centres* in der Operationsplanung, von *Joint Mission Analysis Centres* in der Lageauswertung und Analyse oder auch von der gemeinsamen, ressortübergreifenden Einsatzvorbereitung für Führungspersonal von VN-Missionen. Um von der Beispielwirkung der ressortübergreifenden VN-Praxis zu profitieren, sollte ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch mit dem VN-System etabliert und gepflegt werden.

Zudem hat Deutschland den VN im Rahmen des „UN Standby Arrangements System“ zivile Unterstützungsleistungen (im medizinisch-technischen Bereich) und militärische Fähigkeiten (u. a. Stabspersonal, Militärbeobachter, Logistikkapazitäten, Land-/Lufttransportkapazitäten, sanitätsdienstliche Fähigkeiten) angezeigt, wobei für letztere planerisch bis zu 1.000 Soldaten bereitgehalten werden. Diese Angebote könnten gelegentlich aktiviert werden. Dies entlastete nicht nur die VN beim Bedarf hochwertiger Ressourcen, sondern sendete auch ein Signal in die VN-Mitgliedschaft insgesamt, das Nachahmer finden könnte.

III. Inhaltlich-konzeptionelle Akzente setzen

Die VN-Friedensmissionen sind ein wertvolles Instrument, das auch und zunächst der *politischen* Unterstützung der VN-Mitgliedsstaaten bedarf. Allerdings gilt es zu verhindern, dass die VN-Friedensmissionen als Politikersatz erhalten müssen, weil politische Orientierungen fehlen. Deutschland sollte im VN-Sicherheitsrat darauf hinwirken, dass die Mandate für VN-Friedensmissionen die politischen Prozesse in den betreffenden Krisenländern (z. B. DR Kongo, Liberia, Sudan, Côte d'Ivoire) weiter voranbringen und die Übernahme nationaler Verantwortung durch die jeweiligen Regierungen unterstützen.

Innerhalb des VN-Systems könnte, in Anbetracht der unverändert wichtigen „peacebuilding“-Komponente in den Mandaten für VN-Friedensmissionen, auf eine engere, kontinuierliche Abstimmung des *Department of Peacekeeping Operations* (DPKO) mit der *Peacebuilding Commission* (PBC) und dem *Department of Political Affairs* (DPA) hingewirkt werden.

Insgesamt wäre angesichts der anhaltenden globalen Verflechtung eine politische Aufwertung der VN-Friedenssicherung in Deutschland angemessen. Künftig wird die Bedeutung der VN weiter zunehmen – in legitimatorischer Hinsicht, aber auch mit Blick auf internationalen Interessenausgleich und globale Problemlösungen. Daher braucht die VN-Friedenssicherung als Instrument des globalen Krisenmanagements weltweit engagierte Unterstützer. Für Deutschland bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, an politischen Orientierungen für die VN-Friedenssicherung mitzuwirken und diese mit Substanz zu füllen.

- Es wird immer deutlicher, dass der im Zuge der Sicherheitsrats-Resolutionen zu Libyen und Côte d'Ivoire im März 2011 heftig diskutierte Begriff

der völkerrechtlichen „Responsibility to Protect“ (Schutzverantwortung) einer nachvollziehbaren Operationalisierung bedarf. Deutschland sollte durch eigene oder mit Partnern abgestimmte Initiativen dazu beitragen, dass sich zu diesem im Ergebnisdokument des VN-Weltgipfels 2005 erstmals offiziell anerkannten Begriff weiter internationaler Konsens herausbildet. Die Ausrichtung von Fachkonferenzen in New York und/oder Berlin wäre eine geeignete Initiative.

- Die Übernahme des Vorsitzes der Sicherheitsrats-Arbeitsgruppe „Kinder und bewaffnete Konflikte“ durch Deutschland ist begrüßenswert. Daran anknüpfend sollte für die – gerade im Kontext internationaler Friedensoperationen wiederkehrende – Thematik „Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten“ ein konzeptionelles Leitbild entwickelt und international zur Diskussion gestellt werden. Dabei wäre auch zu prüfen, inwieweit der Schutz von Zivilpersonen zum regulären Bestandteil von Mandaten in der VN-Friedenssicherung – ähnlich dem Querschnittsthema des Menschenrechtsschutzes – werden könnte oder sollte.
- Um das strukturelle Problem der unzureichenden Reaktionsfähigkeit der VN im Falle von Krisen abzumildern, sollte die Bundesregierung die inhaltliche Diskussion auf der Grundlage des Konzeptes des „UN Emergency Peace Service“ (UNEPS) fördern, z. B. durch die Veranstaltung von Expertenanhörungen. Das UNEPS-Konzept, basierend auf individuell abrufbaren Experten für Friedenseinsätze durch den VN-Sicherheitsrat, sollte durch Deutschland politisch unterstützt, seine konzeptionelle Ausgestaltung weiter vorangebracht werden.
- Daneben sollte Deutschland die Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat nutzen, um mit Peacekeeping-erfahrenen

Partnerstaaten, die gegenwärtig ebenfalls im Sicherheitsrat vertreten sind (wie Indien, Brasilien) gemeinsame Initiativen zur konzeptionellen Weiterentwicklung der VN-Friedenssicherung (z. B. zu den o. a. Themen) zu initiieren. Ein geeigneter Anknüpfungspunkt könnte hier auch die gemeinsame Beteiligung Deutschlands und Brasiliens an der Marine-Komponente der UNIFIL-Mission sein.

- Schließlich könnte Deutschland dem stockenden Prozess um die „New Horizon“-Initiative des VN-Sekretariates aus dem Jahr 2009, die zur Festigung der Kooperation zwischen VN-Sekretariat und Mitgliedsländern führen soll, neuen Schwung verleihen. Durch konzeptionelle Beiträge könnte Deutschland, in eigener Initiative und mit europäischen Partnern, etwa weiterführende Vorschläge zur Vertiefung der Partnerschaften der VN mit EU und NATO in der Friedenssicherung einbringen.

IV. VN-Peacekeeping: Deutsches Profil erneuern – Innovative Ansätze entwickeln

Die Beteiligung an VN-Friedenseinsätzen darf nicht länger Randerscheinung oder Restgröße sein, sondern sollte unverwechselbares Markenzeichen deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bieten sich der deutschen Politik zahlreiche Möglichkeiten.

- Es sollten gezielt internationale Kooperationen in der Ausbildung für VN-Friedensoperationen ausgebaut werden. Insbesondere sollte sich die internationale Vernetzung stärker fokussieren auf die Schaffung von Ausbildungspartnerschaften mit traditionell Peacekeeping-erfahrenen VN-Truppen-/

Die Beteiligung an VN-Friedenseinsätzen darf nicht länger Randerscheinung oder Restgröße sein, sondern sollte unverwechselbares Markenzeichen deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik werden.

Mit Blick auf die Rolle der VN in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik bleibt die Bewusstseinsbildung eine lohnenswerte Aufgabe.

Polizeistellern (z. B. Indien, Brasilien, Uruguay, Äthiopien). Deutschland könnte im Rahmen dieser Partnerschaften oder darüber hinausgehend weiter dazu beitragen, regionale VN-Fähigkeiten (z. B. in Afrika) zu unterstützen.

- Deutschland könnte die häufig kritische Anfangsphase von VN-Friedensoperationen dadurch überbrücken helfen, dass schnell verfügbare Ressourcen zur unverzüglichen Entsendung nach einer Mandaterteilung durch den VN-Sicherheitsrat bereitgehalten werden. Dies kann qualifiziertes Personal (zivil, polizeilich, militärisch) sein, dies kann aber auch notwendige materiell-technische Ausstattung betreffen.
- Die Bundesregierung sollte regelmäßig (z. B. jährlich) mit strategischem Blick Leitungs-/Spitzenpositionen in der VN-Friedenssicherung (VN-Friedensoperationen und VN-Sekretariat) identifizieren und deren Besetzung anstreben. Als drittgrößter Zahler der VN-Pflichtbeiträge kann Deutschland mit gesundem, aber nicht überheblichem Selbstbewusstsein konsequent auf eine stärkere Repräsentanz in der Leitungsebene des VN-Peacekeeping hinwirken.
- Deutschland braucht eine strategische VN-Personalpolitik. Über die Leitungsebene hinaus sollte eine überzeugende VN-Personalstrategie entwickelt werden. Die Stellenbesetzung in der VN-Friedenssicherung sollte weniger einem „ad hoc“-Ansatz folgen. Stattdessen wäre ein VN-Personalpool zu schaffen, aus dem heraus Kandidaten über Jahre hinweg gezielt für VN-Tätigkeiten aufgebaut werden. Gleichzeitig stünden im VN-Personalpool jederzeit abrufbare Vertreter der Bundesressorts für VN-Bedarf auch kurzfristig zur Verfügung, die die Rekrutierung ziviler Experten durch das ZIF ergänzt. Erstrebenswert wäre eine deutsche Präsenz in jeweils mindestens der Hälfte aller VN-Friedensoperationen.

- Schließlich kann die Bundesregierung auch in der eigenen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit vermehrt Interesse für berufliche Tätigkeiten im VN-System und insbesondere in der VN-Friedenssicherung wecken. So könnte im Rahmen des Personalmarketing auf eine Steigerung der Bewerberzahlen für VN-Tätigkeiten hingewirkt und der VN-Aspekt in der Nachwuchswerbung, z. B. für Bundeswehr und Polizei deutlich herausgestellt werden.

V. Dem Frieden in der Welt dienen: Was man in Deutschland tun kann

Der den Vereinten Nationen in der deutschen Gesellschaft allgemein entgegengebrachten Anerkennung und einem verbreiteten Interesse an globalen Fragen stehen oft nur wenig Kenntnisse über die Strukturen und Meinungsbildungsprozesse im VN-System gegenüber. Mit Blick auf die Rolle der VN in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik bleibt daher die Bewusstseinsbildung eine lohnenswerte Aufgabe. Unterschiedliche Aktivitäten sind vorstellbar.

- Bundesregierung und Parlament sollten jährlich die aktuellen VN-Friedensoperationen aus deutscher Sicht priorisieren („wichtigste Fünf“). Orientiert an diesen Prioritäten, könnten zweckmäßige deutsche Beiträge in Abstimmung mit den VN entwickelt und angeboten werden.
- In Fortführung des jährlich von der Bundesregierung herausgegebenen Berichts zur Zusammenarbeit mit dem VN-System sollten die deutsche Politik und Öffentlichkeit deutlich stärker mit den VN-Friedensmissionen, ihren Erfolgen, ihren Schwächen und Herausforderungen vertraut gemacht werden. Eine stärkere Priorisierung

könnte erreicht werden im Rahmen eines (z. B. alle zwei Jahre anzustrebenden) „Strategic Review“.

- Für Deutsche, die zur Wahrnehmung von Aufgaben im VN-System und insbesondere in VN-Friedensmissionen entsandt werden, sollte dieses VN-Engagement durch die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene laufbahnmäßig berücksichtigt werden. Karrierenachteile wegen der Teilnahme an VN-Friedensmissionen sind inakzeptabel.
- Deutsche Teilnehmer an VN-Friedensoperationen (zivil, polizeilich, militärisch) sollten durch den Bundesaußenminister öffentlichkeitswirksam gewürdigt und ausgezeichnet werden. Dafür bietet sich der Internationale VN-Peacekeeping-Tag (29. Mai) an. Eine solche Personalisierung förderte die Sichtbarkeit wertvollen Engagements und könnte bereits vorhandenes Interesse bei Öffentlichkeit und Medien erweitern.
- In Anlehnung an den 29. Mai könnte ergänzend mit einer jährlichen Fach-/Publikumsveranstaltung oder Grundsatzzrede ein ausstrahlungskräftiges Veranstaltungsformat etabliert werden: Ein in Deutschland veranstalteter „UN Peacekeeping“-Workshop mit internationaler Expertenbeteiligung und Medienbegleitung unter der Schirmherrschaft eines Bundesministers.
- Über das Auswärtige Amt hinaus sollten in den mit der VN-Friedenssiche-

rung befassten Bundesministerien strukturelle Voraussetzungen geschaffen oder verbessert werden, um das Politikfeld VN sichtbarer zu plazieren. Es wäre in diesem Sinne hilfreich, die Vereinten Nationen jeweils als relevantes Querschnittsthema zu verankern.

- Schließlich sollten die Bundesregierung und Landesregierungen darauf hinwirken, dass Erfahrungsträger aus der VN-Friedenssicherung in der politischen Weiterbildung und in den Schulen intensiver genutzt werden. So wäre daran zu denken, einen zivilpolizeilich-militärischen Expertenpool zu etablieren, der gegenüber Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung aktiv offeriert wird.

Die Autoren:

Dr. Ekkehard Griep

Stellvertretender Vorsitzender der DGVN, Leiter von DGVN-Studienreisen zu diversen VN-Friedensoperationen (u. a. Kosovo, Liberia, Timor-Leste, Sudan), bisher tätig u. a. im VN-Sekretariat (Department of Peacekeeping Operations) und als internationaler Wahlbeobachter

Winfried Nachtwei

Mitglied des Vorstandes der DGVN, Mitglied des Bundestages von 1994-2009, Mitglied im Beirat „Zivile Krisenprävention“ des Auswärtigen Amtes und im Beirat „Innere Führung“ des Bundesministeriums der Verteidigung

Impressum & Bezug:

- ▶ Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
Zimmerstraße 26/27, D-10969 Berlin, Tel. (030) 259375-20,
Fax (030) 259375-29, Email: info@dgvn.de, Internet: www.dgvn.de,
Redaktion: Dr. Alfredo Märker, Stand: Juli 2011
- ▶ DGVN Policy Papers und andere DGVN-Publikationen können gegen Erstattung der Portokosten bestellt werden. DGVN Policy Papers stehen auch zum Download auf der Internetseite der DGVN zur Verfügung.
- ▶ Aktuelle Berichterstattung und Hintergrundinformationen zur VN-Friedenssicherung finden sich im neuen DGVN Internetportal www.frieden-sichern.de

Print  kompensiert
Id-Nr. 1111670
www.bvdm-online.de



DGVN Policy Paper 1/2011, Ekkehard Griep/Winfried Nachtwei

„Für eine politische Aufwertung der VN-Friedenssicherung in Deutschland – Ungenutzte Chancen im VN-Peacekeeping nutzen“ (Juli 2011)

AUF EINEN BLICK:

25 Empfehlungen zur Stärkung des deutschen Profils in der VN-Friedenssicherung

- ▶ Über Afghanistan hinausdenken.
- ▶ Personelle Beteiligung an VN-Friedensoperationen ausweiten.
- ▶ Ressortübergreifende Beiträge zu mehrdimensionalen VN-Missionen leisten.
- ▶ VN-Friedensoperationen konzeptionell als Impulsgeber für vernetztes Krisenmanagement nutzen.
- ▶ Kontinuierlichen Erfahrungsaustausch über die VN-Friedenssicherung mit dem VN-System etablieren.
- ▶ Deutsche Beiträge im Rahmen des „UN Standby Arrangements System“ aktivieren.
- ▶ Im Sicherheitsrat konsequent auf kriteriengestützte Mandate für VN-Friedensoperationen mit Anreizen für die Übernahme nationaler Verantwortung hinwirken.
- ▶ Im Mandatierungsprozess auf engere Abstimmung von *Department of Peacekeeping Operations* (DPKO), *Department of Political Affairs* (DPA) und *Peacebuilding Commission* (PBC) hinwirken.
- ▶ Operationalisierung von „Responsibility to Protect“ (R2P) voranbringen.
- ▶ Schutz von Zivilpersonen konzeptionell ausgestalten.
- ▶ „United Nations Emergency Peace Service“ (UNEPS) politisch fördern und konzeptionelle Ausarbeitung unterstützen.
- ▶ Im VN-Sicherheitsrat mit Peacekeeping-erfahrenen Partnerländern gemeinsame Initiativen zur VN-Friedenssicherung voranbringen.
- ▶ Der „New Horizon“-Initiative des VN-Sekretariats neuen Schwung verleihen.
- ▶ Ausbildungspartnerschaften mit Peacekeeping-erfahrenen Truppen-/Polizeistellern etablieren.
- ▶ Schnell verfügbare Ressourcen für die kritische Anfangsphase von VN-Friedensoperationen bereithalten.
- ▶ Leitungs-/Spitzenpositionen in der VN-Friedenssicherung anstreben.
- ▶ Strategische VN-Personalpolitik entwickeln.
- ▶ Personalmarketing mit VN-Fokus betreiben.
- ▶ Jährliche Priorisierung der aktuellen VN-Friedensoperationen.
- ▶ „Strategic Review“ zur VN-Friedenssicherung im Zweijahresrhythmus.
- ▶ Laufbahnmäßige Anerkennung von Tätigkeiten in der VN-Friedenssicherung.
- ▶ Öffentliche Würdigung deutscher VN-Peacekeeper.
- ▶ Jährlicher VN-Peacekeeping-Workshop in Deutschland.
- ▶ Vereinte Nationen als Querschnittsthema in den Bundesressorts verankern.
- ▶ Zivil-polizeilich-militärischen Expertenpool für die politische Weiterbildung etablieren.